



Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

28. Sitzung (nicht öffentlich)

11. November 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.20 Uhr

Vorsitz: Brunhild Decking-Schwill (CDU) (stellv. Vorsitzende)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

- | | | |
|----------|---|----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999) | 1 |
| | Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300 und 12/3400
Vorlagen 12/2207, 12/2223 und 12/2224
Ausschußprotokoll 12/980 | |
| a) | Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit, Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport | 2 |
| b) | Einzelplan 20 - Kapitel 20 030, 20 070 und 20 630 | 5 |

- c) **Einzelplan 14** - **Ministerium für Bauen und Wohnen** 6

In der Sitzung werden zu den Punkten a) bis c) Fragen der Abgeordneten beantwortet.

- 2 **Abfluß der Wohnungsbaumittel in 1998** 9

Der Ausschuß diskutiert über den Abfluß der Wohnungsbaumittel im Jahre 1998 und darüber, welche Änderungen möglicherweise an künftigen Wohnungsbauprogrammen vorzunehmen sind.

- 3 **Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung** 13

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3422

Der Ausschuß nimmt den Gesetzentwurf einstimmig an.

nungsmarktbeobachtungssystem der Wfa nach wie vor einen hohen Bedarf, vor allem im Bereich des preiswerten Wohnens. Zur Struktur des Programmes betone er noch einmal, daß in Nordrhein-Westfalen das Eigentum vernachlässigt werde. Dazu werde seine Fraktion nochmals ein eigenes Programm vorlegen. Der von der Landesregierung immer wieder vorgebrachten Erklärung, in Nordrhein-Westfalen wichen die Strukturen von denen anderer Länder ab, halte er entgegen, daß sie sich nicht ausreichend anstrengte und auch nicht die richtigen Bedingungen geschaffen habe.

Seine Hauptsorge liege aber in folgendem Sachverhalt: Jetzt gebe es die Konjunktur der Finanzpolitiker. Die Wohnungspolitiker hätten sich ja immer für eine Verstetigung des Wohnungsbaues eingesetzt. Er habe die Sorge, daß wegen vorhandener Leerstände und der nicht vollständigen Inanspruchnahme von Programmbestandteilen gesagt werde, es bedürfe überhaupt keines Wohnungsbaues. Seine Argumentation solle Hilfestellung bieten. Auf der anderen Seite müsse von seiten des Ministeriums auch Begründungshilfe geboten werden, so daß jeder in seiner Fraktion für die Notwendigkeit des Wohnungsbaues eintreten könne. In jedem Fall erscheine der Ansatz richtig, stärker den Bestand zu fördern. Die Förderung im Eigentumsbereich halte er aber nach wie vor für unzureichend.

Auf den Einwand von **Donata Reinecke (SPD)**, der Begriff "Verstetigung" sei irreführend, weil sich in bestimmten Segmenten die Nachfrage stark verändert habe, meint **Siegfried Zellnig (CDU)**, es gehe darum, auf solche Veränderungen zu reagieren, damit auch für die der Unterstützung bedürftigen Personengruppen wie kinderreiche Familien entsprechende Angebote geschaffen würden.

3 Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/3422

Bernhard Schemmer (CDU) erklärt, aus der Sicht der CDU-Fraktion könne der Gesetzentwurf ohne Diskussion - einstimmig - ins Plenum gehen.

Staatssekretär Morgenstern (MBW) bedankt sich dafür, daß der Gesetzentwurf einstimmig verabschiedet werde, weil es eine der vorrangigen Aufgaben des Gesetzgebers darstelle, für Investoren klare Bedingungen zu schaffen. Darum gehe es in dem Gesetzentwurf, nachdem es eine sehr unterschiedliche Rechtsprechung wegen der Regelung, daß Windkraftanlagen wie Gebäude zu behandeln seien, gegeben habe. Künftig liege eine ganz klare Regelung vor, mit der die Investoren und die Richter auch umgehen könnten.

gez. Brunbild Decking-Schwill

Stellv. Vorsitzende

14.04.1999/17.05.1999

220

Anlage